Einführung in das einheitliche Wechselrecht

Von

Dr. Arthur Lenhoff

Universitätsprofessor und Rechtsanwalt in Wien

**Mit einem Anhang,
enthaltend die Gesetzestexte**

Wien und Berlin

Verlag von Julius Springer

1933

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten

ISBN-13: 978-3-7091-9582-6

e-ISBN-13: 978-3-7091-9829-2

DOI: 10.1007/978-3-7091-9829-2

Vormort

Eine „Einführung“ verfolgt andere Zwecke, als ein Kommentar oder ein Handbuch. Sie kann weder wie jener alle Probleme des Wechselrechtes erörtern, noch strebt sie wie dieses nach Vollständigkeit der Systematik. Handelt es sich doch bei dieser Einführung um die Behandlung eines Rechtsstoffes, der zum großen Teile die alten, so vielfach erörterten und bekannten Begriffe des Wechselrechtes aufgenommen und zu einem nicht unerheblichen Teile die Grundsätze der alten W.D. nicht verlassen hat. Das Buch will nun das Neue in Anknüpfung an seine alten Grundlagen erklären; es bemüht sich aber auch, die neu geschaffenen Einrichtungen und Begriffe zu untersuchen und zu erläutern, nicht etwa nur isoliert, vielmehr auch in ihrem Zusammenhange mit den tragenden Grundsätzen des neuen Wechselrechtes und des deutschen und österr. Zivilrechtes. Dem Juristen, dessen Berufstätigkeit Rechtsanwendung ist, wäre mit einer Darlegung des neuen Rechtsstoffes nur wenig gedient, die sich auf eine größere oder geringere Umschreibung der neuen Gesetze beschränkt. Er will in einer Einführung doch wesentlich mehr erfahren als ihm schon ein Studium der Gesetzestexte vermitteln kann. Die Probleme des neuen Wechselrechtes werden an ihn herantreten; so will er sie denn auch wissenschaftlich behandelt sehen. Eine Einführung muß sich zwar an Umfang viel versagen, aber muß nicht an Tiefe verlieren. Nur wenn die Gedanken dieser Arbeit, deren Anfänge auf viele Jahre zurückreichen, auch in der Praxis des einheitlichen Wechselrechtes, der sie dienen, sich bewähren, wird sich zeigen, ob das Buch seine Aufgabe erfüllt hat. Die zwei ersten Kapitel des Buches wurden bereits in den Jur. Blättern 1932, Nr. 18—22 veröffentlicht.

Wien, am 22. Februar 1933.

Lenhoff

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Inhalt der Konventionen	1
1. Die den Genfer Konventionen vorangegangenen Verein- heitlichungen des Wechselrechtes. — Die 2. Genfer Ver- barungen vom 7. Juni 1930. — Das einheitliche Wechsel- gesetz (EWG.) als loi uniforme. — „Eigentliche“ und „uneigentliche“ Reserven des EWG. — Rußlands Stellung zum Genfer Abkommen.	
2. Die Einführung des EWG. in Österreich. — „Ergänzende Vorschriften“ des österreichischen Wechselgesetzes. — Sys- tematik des österreichischen WG. — Verhältnis des öster- reichischen zum deutschen WR.	
II. Grundfragen des Wechselrechtes	4
A. Abstrakte Natur der Wechselverpflichtung	4
a) Einwendungen aus dem Kaufsverhältnis	4
Zulässigkeit gegen den Wechselinhaber, dem bei Er- werb bekannt war, daß Rechte des Schuldners um ihre Wirkung gebracht werden. — Bewußtes Han- deln zum Nachteil des Schuldners. — Das Recht aus dem Papier und das Recht am Papier. — Ein- wendungen des Schuldners aus Kaufbeziehungen des Inhabers zu dessen Vormann: Zulässigkeit bei mangelhaftem Erwerb des Wechsels durch den In- haber; insbesondere beim versteckten Procura- indossament, beim Scheingiro und bei der bloßen Verwahrung. — Einreden nach EWG.	
b) Blankowechsel und Verfälschung	8
Wesen des Blankowechsels. — Der Schutz des red- lichen Nehmers eines Blankowechsels vor der Ein- rede der verabredungswidrigen Ausfüllung. — Ausfüllung des mangelhaften und Verfälschung des vollständigen Wechsels. — Übertragbarkeit des Aus- füllungsrechtes.	
c) Deckung und Revalierung	11
B. Entstehung der Wechselverpflichtungen mit der Bege- bung, aber unter Schutz des gutgläubigen Erwerbers ..	12
Entstehung der Wechselverpflichtungen. — Wirkung des Erwerbes des Rechtes an dem Papier. — Umfang des Vertrauensschutzes für den Wechselnehmer.	
C. Die Unabhängigkeit der Zeichnungsakte voneinander und ihre Reichweite	16
a) Grundsatz. — Bedeutung der gefälschten Unterschrift	16
b) Unterfertigung. — Wechselfähigkeit. — Form	16

	Seite
c) Unterfertigung durch Vertreter	17
Die Wirkung der Unterfertigung durch den befugten Vertreter. — Bisherige Lehre und Praxis. — Wirkung der Wechselerklärung für den Vertretenen. — Die Unterfertigung durch einen Pseudovertreter. — Wirkung der Vollmachtsüberschreitung. — Pflichten und Rechte des Pseudoverreters. — Pseudovertreter und Fälscher.	
d) Die Selbständigkeit der Erklärungen und die Ausnahmen von dieser Regel.....	20
a) Ausschluß der Haftung für die Annahme durch den Aussteller. — Die Angstklausel. — Der Präsentationsbefehl. — Die Protesterlaßklausel.	
ß) Rehta- und die Protesterlaßklausel des Ausstellers. — Die Vorschreibung des Amtsprotesses durch den Aussteller. — Absolute Wirkung der Klauseln des Wechselausstellers.	
D. Vorlagegebote, Vorlageverbote und -vertagungen	22
a) Die nicht akzeptable Tratte	22
Die Änderung gegenüber dem geltenden Recht. — Wirtschaftliche Bedeutung der nicht akzeptablen Tratte. — Die Verfügung über die der nicht akzeptablen Tratte zugrunde liegenden Warenpreisforderungen.	
b) Der Bezogene, der nicht annimmt	26
Entstehung der wechselfähigen Haftung des Bezogenen.	
c) Vorlage- (Präsentations-) Verbot und Aufschub der Vorlage.....	26
Fälle der Unzulässigkeit des Präsentationsverbotes. — Schranken des Präsentationsaufschubes.	
d) Präsentationsfreiheit und Präsentationspflicht	27
Änderung gegenüber dem geltenden Recht. — Gesetzliche Präsentationspflicht bei Zeitsichtwechseln. — Wirkung der Versäumnis der vorgeschriebenen Präsentation.	
e) Präsentation zur Annahme.....	28
Zeitliche Begrenzung der Annahmefrist. — Ort der Präsentation zur Annahme. — Der Domizilwechsel. — Legitimation zur Präsentation zur Annahme.	
E. Zahlung und Rückgriff	30
1. Zahlungsarten. Teilzahlung	30
Kompensation in den einzelnen Rechtsordnungen. — Prinzipielle Zulässigkeit der Teilzahlung.	
2. Sicherheitsregreß	31
Die Änderung gegenüber dem geltenden Recht. — Voraussetzungen des Sicherheitsregresses. — Unsicherheit des Bezogenen. — Unsicherheit des Ausstellers eines eigenen Wechsels.	
3. Zahlungsregreß. Allgemeine Voraussetzungen.....	34
4. Präsentation und Protesterhebung.....	34

a) Allgemeines.

α) Die Präsentation als Voraussetzung für den Rückgriff gegen den Wechselverpflichteten; insbesondere auch den Kavalisten des Akzeptanten eines domizilierten Wechsels und einen Ehrenakzeptanten. — Die Frist zur Protesterhebung bei Sichtwechseln.

β) Weitere Voraussetzungen bei Nachsichtwechseln und Wechseln mit Präsentationsgeboten. Der Verlust des Regreßrechtes bei Unterlassung der befristet gebotenen Präsentation zur Annahme oder des Protestes mangels Annahme. — Die Frist zur Präsentation des Zeitsichtwechsels zur Annahme. — Berechnung des Verfallstages eines Zeitsichtwechsels. — Unterlassung der rechtzeitigen Präsentation zur Zahlung. — Wirkungen des Protestes mangels Annahme.

γ) Fälle der Überflüssigkeit der Protesterhebung, Protesterlaß, Fehlen des Originals, Protesterlaß, höhere Gewalt.

Wer die Protesterlaßklausel setzen kann? Form der Protesterlaßklausel. — Wirkungen der Protesterlaßklausel. Unzulässige Protesterlaßklausel. — Protesterlaß. — Protesterhebungszwang. — Begriff und rechtliche Wirkung der „höheren Gewalt“. — Wirkungen eines Staatsmoratoriums.

δ) Die Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Notifikation.

Wann Notifikationspflicht besteht. — An wen die Notifikation zu richten ist? — Zulässigkeit landesgesetzlicher Bestimmungen über die Benachrichtigung durch das Protestorgan. — Die Frist zur Benachrichtigung. — Die Notifikationspflicht des Prokurarindossanten. — Die Form der Notifikation. — Die Rechtsfolgen der Unterlassung der Notifikation oder der ungehörigen Notifikation. — Der Anspruch des Regreßnehmers auf Zinsen und Kosten.

b) Der Umfang des Regreßanspruches 43

Der gesetzliche festgesetzte Zinsfuß. — Das Recht der einzelnen Staaten, für gewisse Wechsel einen anderen Zinsfuß festzusetzen. — Das G.W. und die „Kommission“ („Provision“). — Der Umfang der Rückgriffsumme. — Das Einlösungsrecht der Wechselverpflichteten. — Der Regreßdienst. — Der Regreßberechtigte. — Die Art der Regreßnahme. — Der Rückwechsel.

5. Haftung, Einlösung und Rückstellung des Wechsels 47

Die Solidarchaftung der prinzipalen und der regreßpflichtigen Wechselschuldner.

Der Einlösungszwang und die Einlösungsfreiheit. — Der Anspruch auf Aushändigung des Wechsels. — Zahlung vor und bei Verfall. — Fälle des Fehlens der befreienden Wirkung der Zahlung.

	Seite
III. Der Wechsel und die einzelnen Skripturakte	51
1. Der Wechsel	51
a) Wesentliche Bestandteile, insbesondere die Wechselklausel; absolut und relativ wesentliche Bestandteile	51
Die absolut und die relativ wesentlichen Bestandteile. — Rechtsfolgen des Fehlens gewisser Angaben im Wechsel. — Der trifft eigene Wechsel. — Der Text des Wechsels.	
b) Bestandteile zur Erreichung gewisser Wirkungen ..	54
Die absolute Wirkung solcher Klauseln. Relativ wirkende Klauselberechtigung zur Setzung der Klauseln. — Wirkung von Wechseln, denen wesentliche Bestandteile fehlen.	
c) Die Tendenz des EWG. zur Aufrechterhaltung der Gültigkeit des Wechsels	55
Rechtsinhaltspräsumtionen. — Echte Vermutungen. — Wechselmäßig widerlegbare Vermutungen.	
d) Klauseln, die den Wechsel ungültig machen.....	57
Die echte Bedingung für die Zahlung. — Nichtige Klauseln. — Nichtigkeit von Messmarkt und -Ratenwechseln. — Die Bedeutung der Verpfändungsklausel. — Zulässigkeit mehrerer Remittenten, Aussteller oder Bezogener. — Die Einheit des Zahlungsortes, der Zahlung und des Inhalts der Wechselverpflichtung. — Pfänder zugunsten der Wechselverpflichtungen.	
2. Das Indossament	60
Übereinstimmung mit dem geltenden Recht. — Änderungen gegenüber dem geltenden Recht. — Begriff und Wirkungen des Nachindossamentes nach dem EWG. — Die Blankotradition. — Das offene Pfandindossament.	
3. Die Annahme.....	66
Die Wirkungen der Annahmeerklärung. — Die Festsetzung einer Deliberationsfrist. — Form und Inhalt der Annahmeerklärung. — Das Prinzip der formellen und materiellen Identität. — Die Ungültigkeit eines bedingten Akzeptes. — Zulässige Beifügungen durch den Annehmer. — Die Zahlungspflicht des Annehmers.	
4. Aval und Intervention	69
a) Aval.....	69
Form der Wechselbürgschaft. — Die französische und die deutsche Auffassung. — Die „uneigentliche“ und die „eigentliche“ Bürgschaft. — „Verkleidete Wechselbürgschaft.“ — Andere Arten der Interzession. — Das Prinzip der „formellen Akzessorietät“ in der Wechselbürgschaft und der „materiellen Selbständigkeit“ der Verpflichtungsakte. — Der zahlende Avalist als Wechselgläubiger. — Art und Umfang der Haftung des Avalisten. — Ungültige Wechselbürgschaft.	
b) Die Intervention	75
Die Fähigkeit zur Intervention. — Unzulässigkeit der Ehrenannahme einer nicht akzeptablen Tratte.	

— Unterschiede zwischen Aval und Ehrenannahme.
— Wesen der Notadresse. — Berechtigung zur
Setzung einer Notadresse. — Bedeutung der Ehren-
annahme. — Zulässigkeit der Ehrenannahme. Recht-
liche Stellung des Ehrensschuldners. — Wann die
Ehrenannahme vom Inhaber zurückgewiesen werden
kann. — Die Wirkung der Ehrenzahlung. — Die
Rechte des Ehrenzahlers. — Mehrere Notadressen
und Intervenienten.

IV. Vernielfältigungen 84

1. Duplikate 84
Das Recht des Inhabers auf Ausstellung von Dupli-
katen. — Die Verpflichtung zur Ausstellung von Dupli-
katen. — Ausschließung dieser Verpflichtung. — Die Kosten
der Herstellung. — Bezeichnung der einzelnen Ausferti-
gungen. — Form und Wirkung der Ausstellung von
Duplikaten. — Pflicht zur Herausgabe des Akzeptexem-
plares und des Fehlens eines Zutreffvermerks. — Wir-
kung der Einlösung einer Ausfertigung. — Dauer des
Rechtes auf Ausstellung von Duplikaten.
2. Kopien 87
Berechtigung zur Ausstellung. — Die wechselrechtlichen
Wirkungen der Ausstellung von Kopien. — Erfordernisse
der Kopien. — Zulässiger Inhalt der Wechselfkopien. —
Vorbehalt der Indossierung nur für Kopien. — Unter-
schied zwischen Wechselfkopie und einfacher Abschrift.

V. Amortisation, Vernichtung, Verstümmelung und Verjährung 89

1. Fehlen von Amortisationsvorschriften im EWG. 89
Verlust, Diebstahl und Vernichtung des Wechsels. — Not-
wendige Änderungen der Landesgesetze über die Amorti-
sation. — Ob das Ausschlußurteil den Wechsel ersetzt. —
Die Wirkung der Änderung des Textes. — Die verstüm-
melte Urkunde.
2. Die Unterbrechung und Hemmung der Verjährung 92
Der Beginn der Verjährungsfristen. Hier Quelle einer
materiellen Rechtsverschiedenheit trotz des EWG. — Die
Verjährungsfristen. — Die Wirkung der Streitverkündi-
gung. — Wirkung der Verjährung. — Bedeutung des
Ausstellungsortes für die Regreßfristen.

VI. Das internationale Wechselrecht 95 Allgemeines.

1. Die passive Wechselgeschäftsfähigkeit 96
Die Bedeutung der *lex patriae*. — Ausnahmen, ins-
besondere der *renvoi*. — Schutz der Pflegebefohlenen. —
Die Verdrängung der *lex patriae* durch die *lex loci*
actus. — Juristische Personen und Apoliden.
2. Die Form der Wechselklärungen 98
Bedeutung der *lex loci actus*. — Ausnahmen, ins-
besondere: die Wirkung formungültiger, im Auslande ab-
gegebener Wechselklärungen, die den Erfordernissen des
Heimatsstaates entsprechen, zugunsten eigener Staats-

	Seite
bürger und die Wirkung späterer Skripturakte auf den ungültigen Wechsel. — Form und Frist für die Protesterhebung.	
3. Kollisionsnormen über die Bedeutung und Wirkung der wechselrechtlichen Erklärungen.....	100
Notwendigkeit solcher Normen. — Die drei grundlegenden Richtungen. — Die französische, deutsche und italienische Ansicht. — Die einzelnen Bestimmungen des IWB. — Einfluß des Parteiwillens auf die anzuwendende Rechtsnorm. — Primäre Geltung der lex loci actus. — Schutz gutgläubiger Nehmer.	
Anhang (Gesetzestexte):	
A. Wechselgesetz (Deutscher Entw. und Stf. Ges.)	106
B. Stf. Einf. Gesetz zum Wechselgesetz	128
C. Deutscher Entw. eines Einf. Gesetzes zum Wechselgesetz....	133
Sachverzeichnis.....	136

Abkürzungsverzeichnis *)

- a. b. G. B. = österr. Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch.
 AbI. Cl. = Sammlung von Entscheidungen zum Handelsgesetzbuch von Dr. Leopold Adler und Dr. Robert Clemens, fortgesetzt von Dr. Josef Friedländer.
 Begr. = 253 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrats, IV. Ges. Per.
 Bericht = Rapport du comité de rédaction (Gianini, Perceron, Ekeberg, Quanowski und Sutkowski), eingelegt von der Genfer Konferenz; enthalten in C. R., S. 125—158.
 Bernstein = Wilhelm Bernstein, Allgemeine deutsche und allgemeine österreichische W. Z. 1898.
 BGB. = Deutsches bürgerliches Gesetzbuch.
 Brünner JZ. = Brünner Juristenzeitung.
 C. c. = code civil.
 C. com. = code de commerce.
 Czel. = Sammlung wechselrechtlicher Entscheidungen des OGH., herausgegeben von Dr. Ferdinand Czelehowsky.
 C. R. = Comptes Rendus de la Conférence internationale pour l'unification du droit en matière de lettres de changes usw., Genf 1930.
 Denkschrift = Denkschrift der Regierung (zur Reg.-Vorlage über die Vereinheitlichung des Wechselrechts auf Grund des Haager Abkommens über die Vereinheitlichung des Wechselrechts 1913 (Nr. 200 der Beilagen zu dem stenogr. Protokollen des Herrenhauses, XXI. Session.
 Denkschrift 1932 = österreichische Denkschrift zum Entwurfe des Genfer E. W. G., Nr. 351 der Beilagen der stenogr. Protokolle des Nat. R., IV. Gesetzgebungsperiode
 DPN. = Deutsches Privatrecht.
 E. W. G. = Anlage I des Abkommens über die einheitl. Wechselgesetze vom 7. Juni 1930.
 Frankenstein = Frankenstein, Intern. Privatrecht.
 Grünhut = Grünhut, Handbuch des Wechselrechts, 2. Bände.

*) Die deutschen und österreichischen Zeitschriften sind in der, vom Deutschen Juristentag beschlossenen Abkürzung bezeichnet.

- GMF. = Sammlung von zivilrechtl. Entscheidungen des OGH., herausgegeben von Glafer und Unger.
- J. Bl. = Juristische Blätter, Wien.
- Jud. = Judikatenbuch des Wiener OGH. (Plenar-
entscheidungen).
- J. W. = Juristische Wochenschrift.
- J. W. R. = II. Genfer Abkommen vom 7. Juni 1930, über
die Bestimmungen auf dem Gebiete des inter-
nat. Wechselprivatrechts.
- Krall = Sammlung der wechselrechtlichen Entscheidungen
des österr. OGH. von Dr. Karl Krall.
- K. Bdg. = kaiserliche Verordnung.
- L. Z. = Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht.
- Mitteilungen = Mitteilungen des Verbandes österr. Banken
und Bankiers, Wien.
- Nat. Rat = Nationalrat.
- Not. Z. = Zeitschrift für Notariat und freiwillige Ge-
richtsbarkeit (jetzt: österreichische Notariats-
zeitung).
- S. E. G. = Anlage zum Haager Abkommen über die Ver-
einheitlichung des Wechselrechts, enthaltend eine
einheitliche Wechselordnung.
- OG. Brünn, Slg. Z. = Sammlung der Entscheidungen des Obersten
Gerichtshofes in Brünn in Zivilsachen.
- OGH. = Oberster Sachengerichtshof.
- OLG. = Oberlandesgericht.
- Ref. = Reserven in Anlage II des Abkommens über
die einheitlichen Wechselgesetze vom 7. Juni
1930, enthaltend die im Staatsvertrag von den
einzelnen Staaten vorgesehenen Vorbehalte.
- RG. = Reichsgericht.
- ROHG. = Reichsoberhandelsgericht.
- Rechtspr. = Die Rechtsprechung, herausgegeben vom Ver-
band österr. Banken und Bankiers.
- Slg. GML. = Sammlung von zivilrechtlichen Entscheidungen
des OGH., begonnen von Glafer und Unger,
fortgesetzt von Pfaff, Echen und Krupsky
(letzte zit. GMF.).
- Slg. J. M. = Sammlung des tschechoslowakischen Justiz-
ministeriums.
- Spr. R. = Spruchrepertorium des OGH. in Wien.
- Staub-Stranz = Kommentar zur Wechselordnung, 12. Aufl.
- EG. = Entscheidungen des OGH. in Zivil- und Justiz-
verwaltungssachen, veröffentlicht von seinen
Mitgliedern, Wien, seit 1919.
- WO. = Wechselordnung.
- WZM. = Wechselzahlungsauftrag.
- ZBl. = Zentralblatt für die juristische Praxis, Wien.
- ZPO. = Zivilprozeßordnung.